

---

# Lieferkonzept – Bestandsdatenübermittlung der Meldebehörde an die Landesrundfunkanstalten 2022

---

## **Lieferkonzept – Bestandsdatenübermittlung der Meldebehörde an die Landesrundfunkanstalten**

### **Lieferkonzept**

# Lieferkonzept – Bestandsdatenübermittlung der Meldebehörde an die Landesrundfunkanstalten 2022

## Dokumenteninformationen

Dies ist die gültige Version des auf Seite 1 beschriebenen Dokumentes. Ausgedruckte Versionen unterliegen nicht dem Änderungsdienst und dienen daher nur als Informationsexemplar.

### Historie

Version	Datum	Beschreibung	Bearbeiter*in
0.1	04.02.2021	Initiale Version	Dietmar Klewinghaus
0.2	19.03.2021	Überarbeitung nach Klärung offener Punkte	Dietmar Klewinghaus
0.3	26.04.2021	Festlegung Lieferaufteilung	Sabine Jakab, Dietmar Klewinghaus
0.4	03.05.2021	Fertig für Review	Dietmar Klewinghaus
0.5	11.05.2021	Fertig für Follow-up	Dietmar Klewinghaus
1.0	20.05.2021	Freigabe Benutzervertretung	Valeska Hause

### Kenntnisnahme

Funktion / Org.einheit	Name (nur bei einzelnen Personen ausfüllen)
Projekt MDA2022	Ingo Grünwald, Jennifer Lindner

### Verantwortliche

Rolle	Funktion / Org.einheit	Name
Autor*in	O4AT	Dietmar Klewinghaus
Owner	MDA2022	Ingo Grünwald, Jennifer Lindner
Freigeber*in	Benutzervertretung	Valeska Hause

© Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder sonstige Verwendung, auch auszugsweise, nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch den Zentralen Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio.

# Lieferkonzept – Bestandsdatenübermittlung der Meldebehörde an die Landesrundfunkanstalten 2022

## Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung .....	4
2	Gesetzliche Grundlage.....	4
3	Stichtag .....	5
4	Rahmenbedingungen .....	5
4.1	Datenabzug und Nachricht.....	6
4.2	Paketierung .....	6
5	Sender der Daten und Datenempfänger .....	6
6	Kommunikation mit dem Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio im Zusammenhang mit der Übermittlung von Meldedaten.....	7
7	Bestandsdatenübermittlung .....	7
7.1	Datenvolumen .....	7
8	Übermittlungszeiträume .....	8
8.1	Festlegung der Pilotgemeinden .....	9
9	Rückmeldung zum Übermittlungszeitraum.....	10
10	Änderung der Termine zur Datenübermittlung aufgrund von Gemeindestrukturänderungen.....	10
11	Wechsel des Fachverfahrens.....	10
12	Technische Schwierigkeiten.....	11
13	Termine für Nachlieferungen.....	11
14	Quittierung und RTS .....	11
15	Löschung .....	12
16	Anlagen.....	12

# Lieferkonzept – Bestandsdatenübermittlung der Meldebehörde an die Landesrundfunkanstalten 2022

## 1 Einleitung

Seit 2013 wurden zwei Bestandsdatenübermittlungen der Meldedaten volljähriger Einwohner an die Landesrundfunkanstalten durchgeführt.

Im Jahr 2020 wurde die gesetzliche Grundlage für weitere Bestandsdatenübermittlungen geschaffen. Zur Sicherstellung der Aktualität des Datenbestandes und Herstellung größerer Beitragsgerechtigkeit übermittelt jede Meldebehörde alle vier Jahre, beginnend ab dem Jahr 2022, Meldedaten volljähriger Einwohner an die Landesrundfunkanstalten. Erachtet die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) den Datenbestand für hinreichend aktuell, wird eine Bestandsdatenübermittlung ausgesetzt.

Dieses Dokument beinhaltet die Rahmeninformationen für die Bestandsdatenübermittlung im Jahr 2022.

## 2 Gesetzliche Grundlage

Mit dem 23. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (RÄndStV) wurde der Meldedatenabgleich als grundsätzlich periodisch durchzuführendes Kontrollverfahren gesetzlich verankert.

Ein einmaliger Meldedatenabgleich wurde erstmals mit dem 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag im Rahmen der Umstellung der Rundfunkfinanzierung von der gerätebezogenen Rundfunkgebühr auf den wohnungsbezogenen Rundfunkbeitrag durchgeführt. Mit dem 19. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde eine nochmalige Durchführung des Meldedatenabgleichs festgelegt. Der Meldedatenabgleich wurde mit dem Ziel eingeführt, größtmögliche Beitragsgerechtigkeit zu erreichen.

Die bisher singulär erfolgten Meldedatenabgleiche wurden von der Rechtsprechung als geeignete, erforderliche und verhältnismäßige Maßnahmen zur Vermeidung eines Vollzugsdefizits und zur Herstellung größerer Beitragsgerechtigkeit beurteilt. Auch das Bundesverfassungsgericht hat die Übermittlung der Daten im Rahmen der beiden Meldedatenabgleiche als zulässiges Instrument anerkannt.

Mit dem am 01.06.2020 in Kraft getretenen Rundfunkbeitragsstaatsvertrag (RBStV) wurde die gesetzliche Grundlage für Meldedatenabgleiche in § 11 Absatz 5 eingefügt:

„Zur Sicherstellung der Aktualität des Datenbestandes übermittelt jede Meldebehörde alle vier Jahre beginnend ab dem Jahr 2022 für einen bundesweit einheitlichen Stichtag automatisiert gegen Kostenerstattung in standardisierter Form die nachfolgenden Daten aller volljährigen Personen an die jeweils zuständige Landesrundfunkanstalt:

1. Familienname,
2. Vornamen unter Bezeichnung des Rufnamens,
3. frühere Namen,
4. Doktorgrad,
5. Familienstand,

# Lieferkonzept – Bestandsdatenübermittlung der Meldebehörde an die Landesrundfunkanstalten 2022

6. Tag der Geburt,
7. gegenwärtige und letzte Anschrift von Haupt- und Nebenwohnungen, einschließlich aller vorhandenen Angaben zur Lage der Wohnung, und
8. Tag des Einzugs in die Wohnung.

Hat die zuständige Landesrundfunkanstalt nach dem Abgleich für eine Wohnung einen Beitragsschuldner festgestellt, hat sie die Daten der übrigen dort wohnenden Personen unverzüglich zu löschen, sobald das Beitragskonto ausgeglichen ist. Im Übrigen darf sie die Daten zur Feststellung eines Beitragsschuldners für eine Wohnung nutzen, für die bislang kein Beitragsschuldner festgestellt wurde; Satz 2 gilt entsprechend. Die zuständige Landesrundfunkanstalt darf die Daten auch zur Aktualisierung oder Ergänzung von bereits vorhandenen Teilnehmerdaten nutzen. Zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit zwischen Beitragsgerechtigkeit und dem Schutz persönlicher Daten erfolgt der Meldedatenabgleich nach Satz 1 nicht, wenn die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) in ihrem Bericht nach § 3 Abs. 8 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages feststellt, dass der Datenbestand hinreichend aktuell ist. Diese Beurteilung nimmt die KEF unter Berücksichtigung der Entwicklung des Beitragsaufkommens und sonstiger Faktoren vor.“

Der Zentrale Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio ist beauftragte Stelle der Landesrundfunkanstalten für den Beitragseinzug und der damit einhergehenden Datenverarbeitung (s. §10 Abs. 7 RBStV). Dies gilt auch für Erhalt und Verarbeitung der Bestandsdatenlieferung der Einwohnermeldebehörden gemäß §11 Abs. 5 RBStV.

Im Nachfolgenden wird zur besseren Lesbarkeit nur noch vom Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio gesprochen und nicht von den „Landesrundfunkanstalten oder ihrer beauftragten Stelle“.

## 3 Stichtag

Bei der Festlegung eines geeigneten Datums für einen Bestandsdatenabzug wurde nach Gesprächen mit dem Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Fachverfahrensherstellern und dem Arbeitskreis der Clearingstellenbetreiber als Stichtag für den Bestandsdatenabzug der 06.11.2022, 0:00 Uhr vorgeschlagen.

Es erfolgt eine Kenntnisnahme und Beschlussfassung zum Lieferkonzept zur Bestandsdatenübermittlung an die Landesrundfunkanstalten 2022 durch den Arbeitskreis I der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder.

## 4 Rahmenbedingungen

Für das Verfahren der Datenübermittlung von den Meldebehörden an den Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio wird das Datenaustauschformat OSCI-XMeld angewandt und das Übermittlungsprotokoll OSCI-Transport genutzt.

# Lieferkonzept – Bestandsdatenübermittlung der Meldebehörde an die Landesrundfunkanstalten 2022

Die Regelungen zu Datenübermittlungen sind in Abschnitt IV.8 der OSCI-XMeld-Spezifikation „Datenübermittlung an die Landesrundfunkanstalten“<sup>1</sup> beschrieben.

## 4.1 Datenabzug und Nachricht

Am festgelegten Stichtag sind die Einwohnermeldedaten aller zum Stichtag volljährigen Personen entsprechend der Aufstellung in § 11 Abs. 5 RBStV für eine Datenübermittlung an die Landesrundfunkanstalten von den Einwohnermeldebehörden abzuziehen. Gemäß § 11 Abs. 4 RBStV erfolgt für eine Person, zu der eine Auskunftssperre gemäß § 51 Bundesmeldegesetz eingetragen ist, keine Übermittlung.

Die abgezogenen Daten werden von den Meldebehörden eingefroren.

Als Ereigniszeitpunkt wird in der Nachricht 1499 der Zeitpunkt des Abzugs – **06.11.2022 00:00:00 Uhr** – eingetragen. Siehe hierzu auch die Regelungen in der Version 2.4.5 der OSCI-XMeld-Spezifikation im Abschnitt „II.5.1.4.2 Datenabzug“.

Die Meldebehörden sind verpflichtet, durch technische und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass der Datenabzug zu dem im Lieferkonzept festgelegten Zeitpunkt bzw. Zeitraum erfolgt<sup>2</sup>.

## 4.2 Paketierung

Die Bestandsdatenübermittlungen der Meldebehörden erfolgen in Lieferungen von 1 bis n Paketen je Gemeinde mit jeweils maximal 2000 Datensätzen<sup>3</sup>.

## 5 Sender der Daten und Datenempfänger

Sender sind die örtlichen Meldebehörden. Dabei muss für jeden Amtlichen Gemeindeschlüssel (AGS) eine eigene Lieferung erfolgen.

Datenempfänger sind die Landesrundfunkanstalten, repräsentiert durch den Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio, der im DVDV mit der Behördenkennung dbs:490010020000 eingetragen ist.

<sup>1</sup> Siehe Version 2.4.5 (Fassung vom 31.01.2021, gültig ab 01.11.2021)  
[https://www1.osci.de/meldewesen/xmeld/xmeld\\_2\\_4\\_5-22848](https://www1.osci.de/meldewesen/xmeld/xmeld_2_4_5-22848)

<sup>2</sup> Siehe hierzu auch OSCI XMeld-Abschnitt II.5.1.4.2 Datenabzug

<sup>3</sup> Siehe OSCI-XMeld-Abschnitt IV. 8.4.4.2 Bestandsdaten und Quittierung

# Lieferkonzept – Bestandsdatenübermittlung der Meldebehörde an die Landesrundfunkanstalten 2022

## 6 Kommunikation mit dem Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio im Zusammenhang mit der Übermittlung von Meldedaten

Im Zusammenhang mit der Bestandsdatenlieferung ist die Kommunikation mit dem Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio ausschließlich per E-Mail an die Adresse [xmeld@beitragsservice.de](mailto:xmeld@beitragsservice.de) zu richten.

## 7 Bestandsdatenübermittlung

Für die Bestandsdatenübermittlung der Meldedaten von volljährigen Personen wird davon ausgegangen, dass rund 72,9 Mio. Datensätze zu übermitteln sind.

Die erhaltenen Meldesätze werden gegen den vorhandenen Datenbestand der Beitragskontoinhaber des Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio abgeglichen. Ist keine Zuordnung eines Meldesatzes zu einem existierenden Beitragszahler möglich, wird geprüft, ob für die Person eine Klärung der Rundfunkbeitragspflicht eingeleitet werden muss.

### 7.1 Datenvolumen

Folgende Annahmen wurden für die Menge der zu erwartenden Datenlieferungen getroffen:

01	Schleswig-Holstein	2,5	Mio. Personendatensätze
02	Freie und Hansestadt Hamburg	1,6	Mio. Personendatensätze
03	Niedersachsen	7,0	Mio. Personendatensätze
04	Freie Hansestadt Bremen	0,6	Mio. Personendatensätze
05	Nordrhein-Westfalen	15,7	Mio. Personendatensätze
06	Hessen	5,5	Mio. Personendatensätze
07	Rheinland-Pfalz	3,6	Mio. Personendatensätze
08	Baden-Württemberg	9,7	Mio. Personendatensätze
09	Bayern	11,5	Mio. Personendatensätze
10	Saarland	0,9	Mio. Personendatensätze
11	Berlin	3,2	Mio. Personendatensätze
12	Brandenburg	2,2	Mio. Personendatensätze
13	Mecklenburg-Vorpommern	1,4	Mio. Personendatensätze
14	Sachsen	3,6	Mio. Personendatensätze
15	Sachsen-Anhalt	2,0	Mio. Personendatensätze
16	Thüringen	1,9	Mio. Personendatensätze
	Gesamt	72,9	Mio. Personendatensätze

# Lieferkonzept – Bestandsdatenübermittlung der Meldebehörde an die Landesrundfunkanstalten 2022

Diesem Mengengerüst liegen jeweils gerundete Werte aller volljährigen Personen in Deutschland zugrunde.<sup>4</sup>

Des Weiteren ist mit zusätzlichen Personendatensätzen je Bundesland zu rechnen, da das Innehaben einer Nebenwohnung, sofern diese sich nicht im selben Zuständigkeitsbereich wie die Hauptwohnung befindet, zur Übermittlung eines weiteren Personendatensatzes führt.

## 8 Übermittlungszeiträume

Damit alle Datensätze innerhalb des vorgegebenen Zeitraums übermittelt werden können, wurde festgelegt, welches Bundesland an welchem Tag die Daten übermittelt.

Für Bundesländer, deren Lieferzeitraum mehr als einen Tag beträgt, wurde zusätzlich festgelegt, welche Gemeinde (AGS) an welchem Tag die Daten übermitteln soll. Dies erfolgt unter Berücksichtigung einer möglichst gleichmäßigen Lastverteilung über alle Tage hinweg. Dabei soll die Menge von 4,0 Mio. Datensätzen nicht überschritten werden.

Die Festlegungen des Lieferdatums in einem Bundesland sind der nachstehenden Tabelle, bzw. in den Ländern, in denen mehr als 4 Mio. Datensätze volljähriger Einwohner erwartet werden, zusätzlich der jeweiligen Anlage für das Bundesland mit genauer Zuweisung des Liefertages je Gemeinde zu entnehmen.

Außerdem wurden 31 Gemeinden ausgewählt, die als „Pilotgemeinden“ über möglichst alle Länder und Fachverfahren verteilt direkt am ersten Tag nach Bestandsdatenabzug die Bestandsdaten übermitteln (siehe Tabelle unter Kapitel 8.1).

Bundesland	Erwartete Datensätze in Mio.	Übermittlungsdatum bzw. -zeitraum
01 Schleswig Holstein	2,5	28.11.2022
02 Freie und Hansestadt Hamburg	1,6	06.12.2022
03 Niedersachsen	7,0	15.11.2022 – 16.11.2022
04 Freie Hansestadt Bremen	0,6	14.11.2022
05 Nordrhein-Westfalen	15,7	21.11.2022 – 25.11.2022
06 Hessen	5,5	17.11.2022 – 18.11.2022
07 Rheinland-Pfalz	3,6	07.12.2022
08 Baden Württemberg	9,7	09.11.2022 – 11.11.2022
09 Bayern	11,5	29.11.2022 – 02.12.2022
10 Saarland	0,9	14.11.2022
11 Berlin	3,2	08.12.2022
12 Brandenburg	2,2	14.11.2022
13 Mecklenburg-Vorpommern	1,4	28.11.2022

<sup>4</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstand 31.12.2019

# Lieferkonzept – Bestandsdatenübermittlung der Meldebehörde an die Landesrundfunkanstalten 2022

14 Sachsen	3,6	05.12.2022
15 Sachsen-Anhalt	2,0	18.11.2022
16 Thüringen	1,9	06.12.2022

## 8.1 Festlegung der Pilotgemeinden

Nachstehend sind die Gemeinden aufgeführt, die als „Pilotgemeinden“ bereits am 07.11.2022 die abgezogenen Bestandsdaten liefern.

Durch die Lieferung direkt zu Beginn des Lieferzeitraums soll in gleicher Weise, wie bei der Bestandsdatenübermittlung des Zensus getestet und gewährleistet werden, dass systematische Fehler in den Fachverfahren direkt am ersten Tag erkannt werden. Die Verfahrenshersteller AKDB, HSH, ekomm21 und Komm.ONE unterstützen diese Vorgehensweise.

Verfahrenshersteller	Bundesland	AGS	Gemeinde
HSH	Nordrhein-Westfalen	05513000	Gelsenkirchen
ekomm21	Hessen	06633003	Baunatal
HSH	Baden-Württemberg	08136088	Aalen
HSH	Bayern	09562000	Erlangen
HSH	Brandenburg	12052000	Cottbus
HSH	Hessen	06631009	Fulda
HSH	Mecklenburg-Vorpommern	13004000	Schwerin
HSH	Niedersachsen	03102000	Salzgitter
HSH	Nordrhein-Westfalen	05170024	Moers
HSH	Rheinland-Pfalz	07232201	Arzfeld
HSH	Saarland	10045114	Homburg
HSH	Sachsen	14523320	Plauen
HSH	Sachsen-Anhalt	15001000	Dessau-Roßlau
HSH	Schleswig-Holstein	01001000	Flensburg
HSH	Thüringen	16053000	Jena
HSH	Bayern	09371151	Sulzbach-Rosenberg
HSH	Hessen	06413000	Offenbach a. M.
HSH	Mecklenburg-Vorpommern	13076090	Ludwigslust
HSH	Niedersachsen	03151009	Gifhorn
HSH	Nordrhein-Westfalen	05316000	Leverkusen
HSH	Sachsen	14522180	Freiberg
Komme.ONE	Baden-Württemberg	08115001	Aidlingen
AKDB	Schleswig-Holstein	01056039	Pinneberg
AKDB	Niedersachsen	03456001	Bad Bentheim
AKDB	Nordrhein-Westfalen	05766012	Barntrup
AKDB	Hessen	06414000	Wiesbaden
AKDB	Bayern	09179121	Fürstenfeldbruck
AKDB	Saarland	10045116	Mandelbachtal

# Lieferkonzept – Bestandsdatenübermittlung der Meldebehörde an die Landesrundfunkanstalten 2022

AKDB	Sachsen	14524330	Zwickau
AKDB	Sachsen-Anhalt	15086080	Jerichow
AKDB	Thüringen	16069024	Hildburghausen

## 9 Rückmeldung zum Übermittlungszeitraum

Sobald eine Meldebehörde, ein Hersteller von Meldesoftware, ein Clearingstellenbetreiber oder ein Rechenzentrum erkennt, dass das zugeordnete Zeitfenster nicht genutzt werden kann, wird umgehend ein Hinweis an das E-Mail-Postfach [xmeld@beitragsservice.de](mailto:xmeld@beitragsservice.de) benötigt, damit eine Neuabstimmung des Liefertermins erfolgen kann.

## 10 Änderung der Termine zur Datenübermittlung aufgrund von Gemeindestrukturänderungen

Fällt der Zeitpunkt einer Gemeindeteilung oder –zusammenlegung in den Lieferzeitraum, muss ggfs. der Zeitpunkt der Bestandsdatenübermittlung auf einen Zeitpunkt vor der Strukturänderung vorverlegt werden, um Probleme bei der Übermittlung zu vermeiden.

Ändert sich im Zeitraum der Bestandsdatenübermittlung (07.11.2022 bis 08.12.2022) der AGS einer Gemeinde, ist mit dem Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio Kontakt aufzunehmen.

Über die Kontaktaufnahme wird eine Abstimmung eines vorgezogenen Liefertermins erfolgen bzw. erlangt der Beitragsservice die Information, zu welchem AGS keine und zu welchem AGS stattdessen Daten übermittelt werden.

Zu den Hinweisen über Änderungen von Gemeindestrukturen ist eine E-Mail an das Postfach [xmeld@beitragsservice.de](mailto:xmeld@beitragsservice.de) zu versenden.

## 11 Wechsel des Fachverfahrens

In Fällen eines vorgesehenen Wechsels des Fachverfahrens sowie eines Produktwechsels beim gleichen Fachverfahrenshersteller zwischen dem Stichtag des Datenabzugs am 06.11.2022 und dem vorgesehenen Übermittlungstermin, ist per E-Mail ([xmeld@beitragsservice.de](mailto:xmeld@beitragsservice.de)) mit dem Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio Kontakt aufzunehmen. Der Zeitpunkt der Bestandsdatenübermittlung wird dann neu abgestimmt und vorgezogen, um unnötigen Aufwand auf Seiten der Gemeinde und des Fachverfahrens zu vermeiden.

# Lieferkonzept – Bestandsdatenübermittlung der Meldebehörde an die Landesrundfunkanstalten 2022

---

## 12 Technische Schwierigkeiten

Bei einer temporären Volllastung oder einem anderen temporären Problem des OSCI Postfachs wird dies den Sendern über http Status Code 503 „Service Unavailable“ mitgeteilt. In diesem Fall ist der Datenversand zu einem späteren Zeitpunkt innerhalb des vereinbarten Lieferzeitraumes noch einmal durchzuführen.

Sollte es zu technischen Schwierigkeiten bei der Übermittlung der Daten kommen, die nicht mit dem Hersteller der Melde- bzw. Versandsoftware geklärt werden können, ist dies dem Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio per E-Mail an [xmeld@beitragsservice.de](mailto:xmeld@beitragsservice.de) mitzuteilen.

## 13 Termine für Nachlieferungen

Soweit eine Nachlieferung (z.B. versäumter Liefertermin) zu realisieren ist, wird um Kontaktaufnahme und Terminabstimmung über [xmeld@beitragsservice.de](mailto:xmeld@beitragsservice.de) gebeten.

## 14 Quittierung und RTS

Die Meldebehörde erhält nach der Bestandsdatenübermittlung und formaler Eingangsprüfung eine OSCI-XMeld-Quittierungsnachricht 0928 vom Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio. Die Quittierungsnachricht enthält unter anderem Informationen zur Anzahl der übermittelten und der in der Lieferung enthaltenen fehlerhaften Datensätze.

Wurde(n) ein oder mehrere Paket(e) in einer Lieferung mittels OSCI-XInneres-Basismodul Nachricht 0010 zurückgewiesen, muss die Nachlieferung vorzugsweise im festgelegten Übermittlungszeitraum, spätestens jedoch bis zum 30.04.2023, erfolgen. Die Lieferung gilt erst nach fehlerfreier Übermittlung als abgeschlossen.

Aufgrund des eingefrorenen Datenbestands ist die Korrektur eines Fehlers, der die Anpassung des Melderegisters zur Folge hat, innerhalb der Bestandsdatenübermittlung nicht möglich. Die Änderung im Melderegister löst automatisch eine anlassbezogene Datenübermittlung (Nachricht 1400) aus und teilt die Änderung mit.

**Auf eine Quittierungsnachricht, in der fehlerhafte<sup>5</sup> Datensätze mitgeteilt werden, ist immer mit einer erneuten Lieferung zu reagieren.**

Diese Lieferung kann zu Recht leer sein, wenn die fehlerhaft zurückgewiesenen Datensätze nicht erneut zu übermitteln sind (bspw. im Fall von Doppellieferungen oder fehlerhaften Datensätzen, die eine Anpassung des Melderegisters zur Folge haben). Die Liefernummer ist hierbei um 1 zu erhöhen.

---

<sup>5</sup> Siehe Codeliste LRA RTS-Fehlercodes (Quelle: [www.XRepository.de](http://www.XRepository.de))

# Lieferkonzept – Bestandsdatenübermittlung der Meldebehörde an die Landesrundfunkanstalten 2022

Hat die übermittelnde Stelle 30 Tage nach Versand des letzten Datenpaketes keine Quittierungsnachricht erhalten, so sendet diese eine Nachricht an das Postfach [xmeld@beitragsservice.de](mailto:xmeld@beitragsservice.de). Der Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio wird den Sachverhalt umgehend klären.

## 15 Löschung

Die Frist für die Löschung der Personendatensätze auf Seiten des Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio beginnt mit dem Zeitstempel des zuletzt eingetroffenen Paketes einer Lieferung auf dem Intermediär des Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio. Die Löschfrist beträgt ab diesem Zeitpunkt ein Jahr, sofern die Daten für einen Klärungsprozess benötigt werden. Werden die Daten für einen Klärungsprozess nicht mehr benötigt, werden sie umgehend gelöscht.

In der Meldebehörde können die Daten gelöscht werden, wenn die Quittierungsnachricht für die Lieferung keinen Fehler aufweist. Die Daten sind von der Meldebehörde spätestens nach dem 01.05.2023 zu löschen.

## 16 Anlagen

In den Anlagen 1 bis 5 ist auf Basis des amtlichen Gemeindeschlüssels das Lieferdatum in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (also alle Länder mit > 1 Übermittlungstag) festgelegt.